Stadt Liestal
Einwohnerrat

Protokoll der 11. Sitzung des Einwohnerrates

vom 30. Oktober 2013, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 34 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Erika Eichenberger, Meret Franke, Rolf Gutzwiller, Andreas Lirgg, Sabine Sutter und Matthias Zimmermann

Traktanden	**Laufnummer**
1. Protokoll der Ratssitzung vom 21. August 2013 *://: Das Protokoll vom 21.08.2013 wird einstimmig genehmigt.*	-
2. Wahlbüro-Ersatzwahl für restliche Amtsperiode 2012-2016 *://: Einstimmige Wahl von Loris Jeitziner gemäss Antrag SP-Fraktion.*	2013/70
3. Ersatzwahl/en in einwohnerrätliche Kommission/en *://: Einstimmige Wahl von Lorenz Rudin (FDP) als Ersatzmitglied des Ratsbüros und von Max Schäublin (FDP) als ordentliches FIKO-Mitglied.*	2013/82
4. Geschäftsreglement Einwohnerrat – Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) betreffend Teilrevision des Geschäftsreglementes (ESL 131.1) des Einwohnerrates *Das Geschäft wird vom Ratspräsidenten vertagt und auf die nächste Sitzung neu traktandiert.*	2013/56 2013/56a
5. Strassenbeleuchtung – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Investitionskredit über TCHF 630 für den Ersatz alter Quecksilber-Lampen durch LED-Lampen *://: Mit grossem Mehr bei 4 Enthaltungen wird der beantragte Investitionskredit von TCHF 630 für den Ersatz alter Quecksilber-Lampen durch LED-Lampen bewilligt.*	2013/63 2013/63a
6. Parkierungsvorschriften – Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) betreffend Revision der Parkierungsvorschriften *://: In der von der FDP-Fraktion verlangten namentlichen Abstimmung wird in der Schlussabstimmung das revidierte Parkierungsreglement gemäss GOR-Antrag mit Berücksichtigung der beschlossenen Änderung von § 5 Abs. 1 mit 22 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen genehmigt.*	2013/66 2013/66a
7. Prüfung Leistungsverträge der Abteilungen Sozialberatung und Jugend/Alter/Integration/Gesundheit – Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) *://: Vom GPK-Bericht wird einstimmig Kenntnis genommen und der Stadtrat gebeten, die GPK-Empfehlungen zu prüfen und diese künftig bei der Ausarbeitung von Leistungsaufträgen einfliessen zu lassen.*	2013/80

8. Altlastensanierung Kugelfang der Schiessanlage Helgenweid (Quellfassung Helgenweid) 2013/73
://: Der Bruttokredit von TCHF 470 (Nettokostenanteil von CHF 89‘500 für Liestal) für die Altlastensanierung beim Kugelfang der Schiessanlage bzw. Quellfassung Helgenweid inkl. Kostenverteilschlüssel wird einstimmig genehmigt.

9. Genereller Entwässerungsplan GEP – Teilrevision Oberer Burghaldenweg 2013/74
://: Die GEP-Teilrevision „Oberer Burghaldenweg“ wird einstimmig beschlossen.

10. Personalreglement (ESL 150.1), Teilrevision 2013/81
://: Die stadträtliche Vorlage betreffend der Personalreglement-Teilrevision wird einstimmig an die GOR zur Vorberatung überwiesen.

11. Grünflächenbewirtschaftungskonzept – Bericht Stadtrat zum Postulat von Corinne Ruesch und Meret Franke namens der Grünen Fraktion betreffend Grünflächenbewirtschaftungskonzept, basierend auf Landschaftsentwicklungskonzept LEK 2012/221 2012/221a
://: Vom stadträtlichen Bericht wird mit grossem Mehr gegen 6 Nein-Stimmen Kenntnis genommen und mit grossem Mehr gegen 13 Nein-Stimmen wird das Postulat vom Rat als erfüllt abgeschrieben.

12. Kinderfreundliche Gemeinde – Bericht Stadtrat zum Postulat betreffend Erwerb des Labels „Kinderfreundliche Gemeinde Liestal“ von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2012/30 2012/30a
://: Von der stadträtlichen Postulatsbeantwortung nimmt der Rat einstimmig Kenntnis und das Postulat wird mit grossem Mehr gegen 5 Nein-Stimmen als erfüllt abgeschrieben.

13. Langsamverkehrsplanung beim Quartierplan Mühlematt – Bericht Stadtrat zum Postulat der Bau- und Planungskommission 2013/33 2013/33a
://: Der stadträtliche Bericht zum BPK-Postulat wird einstimmig zur Kenntnis genommen und das Postulat mit grossem Mehr bei 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung als erfüllt abgeschrieben.

14. Verkehrs- und Mobilitätsstrategie Liestal – Postulat (vormals Motion) von Diego Stoll der SP-Fraktion betreffend Verkehrs- und Mobilitätsstrategie Liestal 2013/71a
://: Das Postulat wird mit grossem Mehr gegen 1 Nein-Stimme an den Stadtrat überwiesen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) begrüsst die Ratsmitglieder, Gäste und Medienvertreter zur heutigen Sitzung und verliest die Liste der entschuldigten Ratsmitglieder.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert kurz über einige Punkte sowie wichtige Beschlüsse der letzten Bürositzung:

- Ratsmitglied Andreas Lirgg (SVP) hat mit Schreiben vom 13.10.2013 per Ende Monat den Rücktritt erklärt und sich für die heutige Ratssitzung entschuldigen lassen. Das Demissionsschreiben wird verlesen und das von Andreas Lirgg Geleistete verdankt.

- Bereits an der letzten Ratssitzung ist das Rücktrittsschreiben von Ratsmitglied Michael Bischof (FDP) vom 19. August 2013 Sitzung verlesen worden. Er schätzt ihn als Mensch und auch als Politiker, welcher im Rat wertvolle Arbeit geleistet und immer nach Lösungen gesucht hatte. Mit dem in der heutigen Basellandschaftlichen Zeitung erschienen Artikel über Michael Bischof wurde alles Wichtige gesagt bzw. geschrieben, weshalb er an dieser Stelle auf Wiederholungen verzichtet.

- Die BPK-Mitglieder sowie die Stadtratsmitglieder Regula Nebiker und Peter Rohrbach möchten sich in der Pause der heutigen Sitzung beim Sitzplatz des BPK-Präsidenten einfinden, damit die nächsten BPK-Sitzungstermine terminiert werden können.

- Das Budget 2014 ist der FIKO und BPK zur Vorberatung überwiesen worden. Die Vorlage Nr. 2013/76 ist den Ratsmitgliedern am 25.10.2013 mit separatem Versand zugestellt worden.

- Ebenfalls ist der Entwicklungsplan 2014-2018 der FIKO, BPK und Spezialkommission Schulraumplanung zur Vorberatung überwiesen worden. Die Vorlage Nr. 2013/77 sollte spätestens mit dem nächsten Versand vom 13.11.2013 verschickt werden können.

- Die Büromitglieder werden bis zur Sitzung vom 21.11.2013 die Fraktionsmeinungen betreffend der Akzeptanz von elektronischen Unterschriften bei Vorstössen und die Notwendigkeit von präsidialen Unterschriften bei Kommissionsberichten einholen.

- Es ist sein persönliches Ziel, dass alle traktandierten Geschäfte der heutigen Sitzung behandelt werden können. Für die Novembersitzung sind alleine schon 10 Traktanden wegen den neuen Vorstössen gesetzt, welche für die heutige Sitzung eingegangen sind. An der Dezember-Sitzung wird sich der Rat schwergewichtig mit dem Budget und Jahresprogramm 2014 sowie dem Entwicklungsplan 2014-2018 befassen müssen. Sollten die traktandierten Geschäfte nicht effizient abgearbeitet werden können, müsste gegebenenfalls noch eine Einschaltsitzung im Februar oder März 2014 einberufen werden.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, rot
- Vorlage Nr. 2013/82, Nachversand (siehe Trakt. 3)
- Neue Vorstösse bzw. Vorlagen Nr. 2013/75, Nr. 2013/79, Nr. 2013/83 – Nr. 2013/90

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- Denise Meyer (SVP) Seite A (SP, GL)
- Michael Bischof (FDP) Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP)
- Fabian Eisenring (SP) Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in

Neue persönliche Vorstösse

- Postulat betreffend Verkehrsführung Poststrasse/Törliplatz/Kantinenweg von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion (Nr. 2013/75)
- Interpellation betreffend Photovoltaik auf gemeindeeigenen Gebäuden von Jürg Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2013/79)
- Postulat der einwohnerrätlichen Fraktionen betreffend Befreiung des Bücheliplatzes vom Durchgangsverkehr (Nr. 2013/83)
- Postulat betreffend Verkehrsführung Veloverkehr Tiergartenstrasse von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion (Nr. 2013/84)
- Interpellation „KITAS – wie weiter?“ von Erika Eichenberger der Grünen Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2013/85)
- Interpellation „Warenmarkt in Liestal – manövriert sich Liestal hier ins abseits?“ von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2013/86)
- Interpellation betreffend Verzeichnis der privatrechtlichen Zweckbindungen von Fonds von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2013/87)
- Interpellation betreffend Sammelbehältern für Aludosen und PET-Flaschen von Anna Ott der Grünen Fraktion (Nr. 2013/88)
- Interpellation betreffend Quartierplan Rebgarten von Pascal Porchet der FDP-Fraktion (Nr. 2013/89)
- Interpellation betreffend Deponien in Liestal von Lisette Kaufmann der Grünen Fraktion (Nr. 2013/90)

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsident Lukas Ott informiert, dass vom Stadtrat keine Mitteilungen zu machen sind.

Traktandenliste

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet oder Änderungsanträge gestellt werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 16. Oktober 2013 beschlossen.

121 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 21. August 2013

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll der letzten Ratssitzung vom 21. August 2013 eingegangen sind.
Zum Geschäft bzw. Protokoll werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Das Protokoll der letzten Ratssitzung vom 21. August 2013 wird einstimmig genehmigt.

122 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Wahlbüro-Ersatzwahl für restliche Amtsperiode 2012-2016 (Nr. 2013/70)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert, dass zuallererst das Eintreten zu beschliessen ist.

://: Das Eintreten wird einstimmig beschlossen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden und sich der Rat mit einer offenen Wahl einverstanden erklären kann.

://: Der Einwohnerrat wählt einstimmig Herrn Loris Jeitziner als Wahlbüromitglied für die restliche Amtsperiode 2012 – 2016.

123 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2013/82)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert, dass zuallererst das Eintreten zu beschliessen ist.

://: Das Eintreten wird einstimmig beschlossen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) berichtet, dass die Vorlage Nr. 2013/82 als Nachversand mit E-Mail des Ratsschreibers vom 24.10.2013 und heute als Tischpapier dem Rat zur Kenntnis gebracht wurde. Die Liste mit den vorgeschlagenen Ratsmitgliedern wird verlesen. Er kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden und sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass die zur Wahl Vorgeschlagenen offen und gesamthaft gewählt werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der FDP-Fraktion werden einstimmig folgende Ratsmitglieder für die restliche Amtsperiode vom 01. November 2013 bis 30. Juni 2016 gewählt:

Büro des Einwohnerrates (Ratsbüro)

- Lorenz Rudin (FDP) anstelle von Michael Bischof als Ersatzmitglied.

Finanzkommission (FIKO)

- Max Schäublin (FDP) anstelle von Lorenz Rudin als ordentliches Mitglied.

124 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Geschäftsreglement Einwohnerrat – Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) betreffend Teilrevision des Geschäftsreglementes (ESL 131.1) des Einwohnerrates (Nr. 2013/56)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert, dass vorgängig der Detailberatung noch das Eintreten zu beschliessen ist.

://: Das Eintreten wird einstimmig beschlossen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) erklärt, dass das Büro an der Sitzung vom 24.10.2013 entschieden hatte, dass über alle Anträge einzeln abgestimmt wird. Als Besprechungs- und Diskussionsgrundlage dient dafür die synoptische Darstellung der GOR gemäss Fassung vom 03.10.2013 bzw. die Beilage zur ER-Vorlage Nr. 2013/56a. Ein zwischenzeitlich eingegangener neuer Antrag wird nach der Beratung und Beschlussfassung der GOR-Anträge thematisiert.

Markus Rudin (SVP) stellt als GOR-Präsident den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2013/56a vor: Das Verfahrenspostulat ist von der GOR in drei Sitzungen beraten worden. Die von der Kommission vorgeschlagenen Reglementsänderungen sind vom Rechtskonsulenten der Stadt geprüft und im Anschluss daran in einer synoptischen Darstellung aufgezeigt worden. Die von der GOR vorgeschlagenen 6 Änderungen sind im Beilageblatt zur Vorlage Nr. 2013/56 rot markiert.

Michael Bischof (FDP) teilt mit, dass seine Fraktion betreffend § 38 keine der vorgeschlagenen Reglementsänderungen unterstützen kann und diese ablehnen wird.
Die reglementarische Bestimmung in § 2 Abs. 2, dass die erste Sitzung vom ältesten Ratsmitglied eröffnet werden soll, ist veraltet und er stellt deshalb den Antrag, dass diese Sitzung neu vom amtsältesten Ratsmitglied eröffnet werden soll. Er wird diesen Antrag noch schriftlich formulieren und beim Ratspräsidium abgeben.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) hält fest, dass dieses Geschäft nun schon seit mehr als einem Jahr behandelt wird. So ist der FDP-Antrag bereits einmal deponiert und unter Berücksichtigung der Fraktionsmeinungen vom Büro abgelehnt worden. Der Rat war sich einig, dass das Geschäftsreglement des Einwohnerrates nur eine Teilrevision erfahren soll. Und so möchte er davon warnen, dass nun sämtliche Paragraphen des Reglementes wieder diskutiert und diesbezügliche Änderungsanträge gestellt werden. Die Ratsmitglieder werden gebeten, heute nur diejenigen Reglementsänderungen zu thematisieren, die nach der Vernehmlassung und Vorberatung gemäss GOR-Bericht noch übrig geblieben sind. Selbstverständlich steht es den Ratsmitgliedern frei, auch an der heutigen Sitzung noch Anträge zu stellen.

Lisette Kaufmann (GL) erklärt, dass es die Grüne Fraktion freue, dass mit der aktuellen Reglementsänderung nun doch die neue „Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission“ gebildet werden soll. Auch befürwortet es ihre Fraktion, dass bei der Kommissions-Sitzverteilung neu auch der Wählerstimmen-Anteil berücksichtigt wird. Den GOR-Anträgen wird man grossmehrheitlich zustimmen.

Markus Meyer (SVP) nimmt Bezug auf den Antrag der FDP-Fraktion und stellt fest, dass über diesen gemäss den Bestimmungen des Gemeindegesetzes heute gar nicht abgestimmt werden kann. Bei einer Teilrevision kann die Gemeindeversammlung bzw. der Einwohnerrat nur über bereits bekannte Anträge bzw. Reglementsänderungen beschliessen. Einzelanträge sind nur bei einer Gesamtrevision von Reglementen möglich.

Die SVP-Fraktion kann sich grundsätzlich mit den vorgeschlagenen Reglementsänderungen einverstanden erklären. Die personelle Besetzung der neuen zusätzlichen Kommission dürfte für einige Fraktionen nicht einfach werden. Bei einer nächsten Reglements-Gesamtrevision müsste man bei § 90 „Behördenreferendum“ gemäss neuem Gemeindegesetz noch regeln, wer bei Behördenreferendumsabstimmungen für die Erläuterungen bei Urnenabstimmungen verantwortlich zeichnen wird.

Walter Leimgruber (SP) sagt, seine Fraktion kann den Reglementsänderungen gemäss Anträgen der GOR zustimmen. Bei der umstrittenen Frage betreffend der Grösse der neuen SBK-Kommission befürworte man eine Grösse von 7 – 9 Mitgliedern. Auch sollte man bei einer nächsten Gesamtrevision klar regeln, welche Kommission aus wie vielen Mitgliedern bestehen soll. Auch finde er es gut, dass persönliche Erklärungen neu auch von Ratsmitgliedern und Fraktionssprechern abgegeben werden können.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, die GOR habe gut gearbeitet und die Mittefraktion unterstütze die Anträge der vorberatenden Kommission. Jedoch mit der Ausnahme, dass seine Fraktion die Meinung des Büros unterstützt, dass die neue SBK-Kommission aus 5 bis 9 Mitgliedern bestehen soll. Der Einwand der SVP-Fraktion, dass an der heutigen Sitzung keine Anträge mehr gestellt werden können, ist ihm neu und dürfte nicht nur ihn überraschen. Bevor man die erwähnte Antragsstellung verhindert, möchte er schon noch die genaue reglementarische Bestimmung aus dem Gemeindegesetz kennen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) hält fest, dass die Einwände der Ratsmitglieder Markus Meyer und Stefan Fraefel ernst zu nehmen sind. Und so möchte er über keine neuen Anträge abstimmen lassen, bevor die reglementarische Bestimmung im Gemeindegesetz bekannt ist. Er versucht deshalb, bis nach der Pause noch Antworten auf die offenen Fragen erhalten zu können. Und sollte dies nicht möglich sein, würde er eine Vertagung des Geschäfts auf die nächste Ratssitzung in Erwägung ziehen.

Anna Ott (GL) äussert, auch die GOR habe keine Zusatzanträge gestellt und lediglich diejenigen Reglementsänderungen vorberaten, welche vom Büro gemäss den Fraktionsumfragen priorisiert wurden. Dass nun an der heutigen Sitzung dennoch wieder neue bereits bekannte Anträge gestellt werden hätte schlussendlich einen Neustart zur Folge.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) teilt persönlich auch die Meinung, dass nur über Anträge abgestimmt werden soll, wenn dies tatsächlich auch möglich ist. Nun liegt ein nicht begründeter Antrag der SVP-Fraktion vor und es wird kein konkreter Paragraph im Gemeindegesetz erwähnt, wonach über neue Anträge an der heutigen Sitzung nicht abgestimmt werden könnte. Es kann nicht sein, dass ein Geschäft wegen Vermutungen und Unwissen schlussendlich vertagt wird. Denn mit dem von der SVP-Fraktion erwähnten Einwand könnte theoretisch der Ratsbetrieb ja praktisch bei jedem Geschäft lahm gelegt werden. Eine Verschiebung des Geschäfts bis nach der Pause macht Sinn. Sollte man bis dann keine klaren Antworten haben, müssten halt anfechtbare Entscheide gefällt werden, welche an einer nächsten Sitzung ja auch noch korrigiert werden könnten, sollten diese tatsächlich falsch sein. Seiner Vorrednerin möchte er widersprechen, denn auch die GOR hatte eine zusätzliche Reglementsänderung betreffend der Abgabe von persönlichen Erklärungen aufgenommen und beantragt.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) zitiert den ersten Absatz von § 65 des Gemeindegesetzes und stellt fest, dass es keinerlei Einschränkungen bezüglich der Antragsstellung zum traktandierten Geschäft gibt. So hat der Rat auch über neue Anträge im Zusammenhang mit der Teilrevision des Geschäftsreglementes zu beschliessen. Er stellt den Antrag, dass das Geschäft gemäss vorgemerktem Ablauf behandelt wird.

Diego Stoll (SP) stellt fest, dass ja wohl nichts dagegen spricht, dass das Geschäft bis nach der Pause ausgesetzt wird.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) meint, dass ein Zuwarten bis nach der Pause nicht nötig wäre, würden die beiden Anträge der FDP-Fraktion und CVP/EVP/GLP-Fraktion zurückgezogen. Er stellt den Antrag, dass das Geschäft bis nach der Pause der heutigen Sitzung ausgesetzt wird.

://: Mit grossem Mehr wird dem Antrag des Ratspräsidenten zugestimmt und das Geschäft nach der Pause der heutigen Sitzung wieder behandelt.

* *

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) informiert nach der Pause darüber, dass man auch nach den Abklärungen während der Pause an der heutigen Sitzung das Traktandum Nr. 4 nicht mehr behandeln und das Geschäft auf die November-Sitzung neu traktandieren wird. Bis zur nächsten Sitzung wird man weitere Abklärungen bei der zuständigen Stelle des Kantons treffen.

Das Geschäft wird vom Ratspräsidenten vertagt und auf die nächste Sitzung neu traktandiert.

125 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Strassenbeleuchtung – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Investitionskredit über TCHF 630 für den Ersatz alter Quecksilber-Lampen durch LED-Lampen (Nr. 2013/63)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert, dass zuallererst das Eintreten zu beschliessen ist.

://: Das Eintreten wird einstimmig beschlossen.

Diego Stoll (SP) nimmt als BPK-Präsident Stellung zum Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2013/63a: Die Lebensdauer von rund 470 Quecksilberdampf-Leuchten ist erreicht und im Zusammenhang mit der Ersatzbeschaffung musste sich der Stadtrat auch mit der Energieeffizienz befassen. Die von dem Stadtrat favorisierte Variante 4+ ist auf der zweiten Seite des BPK-Berichtes abgebildet. Die BPK-Fragen zum Geschäft konnten abschliessend beantwortet werden. Die Kommission teilt die Meinung des Stadtrates, dass die Anpassung der Strassenbeleuchtung zeit-, markt- und umweltgerecht ist und so wird auch dem Rat beantragt, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen.

Fabian Eisenring (SP) dankt für den Kommissionsbericht und stellt fest, dass sich Liestal seit 2008 als Energiestadt unter anderem auch für eine Klimaschonung und Steigerung der Lebensqualität der Einwohnerschaft einsetzt. Der beantragte Investitionskredit bzw. der Ersatz von alten Quecksilberdampf-Lampen durch LED-Lampen wird von sein Fraktion als absolut sinnvoll betrachtet, weshalb man dem Antrag der BPK zustimmen wird.

Hanspeter Zumsteg (GL) meint, die Grüne Fraktion sei es gewohnt, dass viel ihrer zukunftsorientierten Vorstösse Zeit brauchen, bis diese dann nach Jahren auch umgesetzt werden. So ist bereits mit dem Postulat Nr. 2009/85 von seiner Fraktionskollegin Erika Eichenberger die Energieeffizienz bei der Strassenbeleuchtung thematisiert worden. Dieser Vorstoss bzw. Vorschlag ist dann vom Stadtrat und Einwohnerrat abgelehnt worden, dies mit der Begründung, dass die LED-Technik verfrüht sei. Nun ist es aber doch soweit, dass vom Stadtrat eine gute und überzeugende Vorlage im Rat eingespiesen, mit welcher der Ersatz der Strassenbeleuchtung thematisiert wird, womit man sich auch als Energiestadt ein beachtliches Zeichen setzen wird. Mit den neuen LED-Lampen kann eine Einsparung von 10 % des gesamten öffentlichen Stromverbrauchs erzielt werden. Anregen möchte er, dass die Helligkeit in den späten Nachtstunden bis auf 30 % gesenkt wird, denn die Lichtverschmutzung ist auch in Liestal ein Thema. Dem beantragten Investitionskredit wird man einstimmig zustimmen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) orientiert, auch seine Fraktion unterstütze den Lampenersatz. Die Mittefraktion ist allerdings der Meinung, dass die Variante 1 ökologisch und auch finanziell sinnvoller wäre als der Vorschlag des Stadtrates und der BPK. So könnten rund TCHF 170 gegenüber der Variante 4+ als Investitionskosten eingespart werden, welche Mehr-Stromkosten von rund CHF 8‘000 pro Jahr gegenüber stehen. Und wenn man nun die Lampen nicht alle gleichzeitig, sondern laufend ersetzen würde, dürfte der ganze Austausch etwa CHF 130‘000 billiger sein. Auch macht es ökologisch Sinn, wenn die noch funktionierenden Quecksilberdampflampen bis an ihr Lebensende ihren Dienst tun könnten. Die LED-Lampen werden auch künftig weiter entwickelt, somit besser und vermutlich auch günstiger werden. Es macht keinen Sinn, noch funktionierende Lampen zu entsorgen und diese mit Mehrkosten von rund CHF 130‘000 in einem Umfeld sowie Zeitpunkt, wo es sich Liestal nicht leisten kann. Er stellt deshalb den Antrag, dass der Lampenaustausch gemäss Variante 1 und nicht gemäss Variante 4+ beschlossen wird.

Thomas Eugster (FDP) teilt mit, auch seine Fraktion habe das Geschäft sehr differenziert betrachtet. Unter Berücksichtigung der Investitionskosten von TCHF 630 und künftigen Einsparungen macht der Lampenersatz tatsächlich wenig Sinn. Da die Quecksilberdampf-Lampen verboten werden, müssen diese aber zwingend ersetzt werden. Berücksichtigt man die Gesamtkosten, ist die vom Stadtrat und der BPK bevorzugte Variante 4+ nach etwa 10 Jahren die sinnvollste, beste und kostengünstige Lösung. Bei den LED-Lampen kann mit einer 20-jährigen Lebensdauer gerechnet werden. Gemäss Variante 4+ können die LED-Lampen gedimmt werden. Würde man auf ein Dimmen verzichten, dürfte sich die Lebensdauer nochmals um rund 3 Jahre verlängern. Auch das Argument, dass die LED-Lampen noch wesentlich günstiger werden, wird nicht verhalten. Die FDP-Fraktion unterstützt die Variante 4+ und somit die Anträge des Stadtrates und der BPK. Und auch aus ökonomischer Sicht handelt es sich hier um keine tolle Vorlage, denn auch am Schluss wird man nichts einsparen, wenn diese heute auch hie und da so tönt.

Beat Gränicher (SVP) informiert, seine Fraktion werde den BPK-Antrag einstimmig unterstützen. Auch das Thema betreffend möglichen Preissenkungen in den nächsten Jahren ist in der BPK diskutiert worden und diesbezüglich kann man ja davon ausgehen, dass die EBL laufend immer die neuesten und preislich günstigsten Lampen kaufen und bei der Strassenbeleuchtung in Liestal installieren wird.
Auch dieses Geschäft ist in der BPK vorberaten und im Detail besprochen worden. Und auch das vorgängig behandelte Geschäft betreffend der Teilrevision des Einwohnerrats-Geschäftsreglementes ist von einer Kommission mit Vertretern aller Fraktionen in mehreren Sitzungen vorbesprochen worden. Und so ist es für ihn nicht nachvollziehbar, weshalb auch bereits geleistete Vorarbeiten bei der Beratung und Beschlussfassung im Rat wieder mit Einzelanträgen zunichte gemacht werden. Solche Ineffizienz kostet wertvolle Zeit und auch Steuergelder.

Pascal Porchet (FDP) merkt an, dass die besten und modernsten LED-Lampen nichts nützen, wenn die Strassenlampen in Bäumen und Sträuchern eingewachsen sind. Solche Verhältnisse kommen in Liestal noch oft vor und eine raschmöglichste Erledigung sollte vom zuständigen Departement veranlasst und erledigt werden.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden, weshalb über den identischen Antrag des Stadtrates und der BPK abgestimmt werden kann.

://: Mit grossem Mehr bei 4 Enthaltungen genehmigt der Rat einen Investitionskredit von TCHF 630 für den Ersatz aller Quecksilberdampf-Leuchten der Strassenbeleuchtung mit LED-Leuchten.

126 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Parkierungsvorschriften – Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) betreffend Revision der Parkierungsvorschriften (Nr. 2013/66)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert, dass vom Rat das Eintreten zu beschliessen ist.

://: Das Eintreten wird einstimmig beschlossen.

Markus Rudin (SVP) stellt als GOR-Präsident den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2013/66a vor: An den Kommissionssitzungen sind Stadtrat Peter Rohrbach, die Projektleiterin vom Stadtbauamt und auch die Verwaltungspolizei angehört worden. Speziell erwähnt sei, dass nach Einführung der Gratis-Parkierstunde die Parkuhreneinnahmen um rund 40 % zurückgegangen sind. Auch der meist erfolglose Suchverkehr im Stedtli nach freien Parkplätzen ist in der Kommission diskutiert worden. Die von der GOR vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen im Reglement sind im Anhang zur Vorlage Nr. 2013/66a rot hinterlegt. Die wichtigsten Änderungen dürften § 5 des Parkierungsreglementes betreffen.

Michael Bischof (FDP) möchte wissen, ob über die Anträge der GOR einzeln abgestimmt wird oder ob der Rat nur über die Annahme oder Ablehnung der GOR-Anträge entscheiden kann.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) informiert darüber, dass über die GOR-Änderungsanträge einzeln abgestimmt wird.

Michael Bischof (FDP) führt aus, dass das Parkieren im Stedtli schon in der Vergangenheit immer ein sehr emotionales Thema war. Nach Vorliegen der stadträtlichen Vorlage Nr. 2013/66 hatten einige Ratsmitglieder von entrüsteten Gewerbetreibenden Mails bekommen, in denen man sich betreffend der Abschaffung der Gratis-Parkzeit entrüstet hatte. Der KMU-Vorstand versucht sei einiger Zeit, die Parkplatz-Diskussion zu versachlichen und mit dem Stadtrat wurden auch Gespräche geführt. Die stadträtliche Vorlage mit der Gratis-Halbstunde, den ziemlich erhöhten Tarifen und reduzierten Parkierungszeiten ist vom KMU-Vorstand den Detaillisten als bestmöglichster Kompromissvorschlag verkauft worden. Zwischenzeitlich ist von Manor und weiteren Geschäften des Bücheli-Centers eine Aktion lanciert worden, bei welcher man ab einem gewissen Einkaufsbetrag Gratisparkier-Halbstunden rückvergütet. Bei dieser Aktion wollte auch KMU Liestal mitziehen und so sind in Absprache mit den Bücheli-Parkhausbetreibern in einer Testphase Jetons für 1 Gratisparkier-Halbstunde abgegeben worden. Nun kommt aber der GOR-Bericht mit illustren und nicht nachvollziehbaren Argumenten sowie Gegen- und Zusatzanträgen. So habe er auch gerüchteweise gehört, dass in der GOR Zahlen betreffend Mindereinnahmen herumgeboten wurden, welche extrem zu denjenigen Zahlen abweichen, wie sie in früherer Zeit von der damaligen Stadtpräsidentin und Departementsvorsteherin Regula Gysin auf TCHF 450 bzw. später auf TCHF 250 beziffert worden sind. Nun sollen diese Zahlen noch wesentlich höher sein, was ja nicht sein kann. Die GOR habe diese Zahlen gesehen, aber vom Stadtrat nicht geliefert bekommen. Wenn sich nun aber die GOR zur Erhärtung von Tatsachen und ihrer Anträge auf solche Zahlen beruft, so hätte diese auch auf der Herausgabe der betreffenden Zahlen beharren müssen. Die GOR und der gesamte Einwohnerrat muss sich der absolut schädlichen Marketingbotschaft zu Lasten Liestal bewusst sein, was bei einer Zustimmung der GOR-Anträge die Folge wäre. Seine Fraktion stellt deshalb zur gegebenen Zeit den Antrag, die Anträge der GOR abzulehnen. Zusätzlich stellt seine Fraktion den Antrag, dass bei § 5 Abs. 1 die vom Stadtrat auf CHF 5.-/Std. heraufgesetzte Gebühr unverändert bei CHF 3.-/Std. zu belassen. Gemäss § 82 des Geschäftsreglementes wird zudem die namentliche Abstimmung

verlangt. Und sollten die FDP-Anträge keine Mehrheit finden, so würde seine Fraktion gegebenenfalls gar das Behördenreferendum ergreifen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) hält fest, dass die beiden Anträge der FDP schriftlich einzureichen sind.

Anna Ott (GL) sagt, mit dem neuen Reglement liege ein schlanker und übersichtlicher Erlass vor, in welchem nur noch Grundsätzliches geregelt werde. Details werden vom Stadtrat auf Verordnungsstufe beschlossen. Die Grüne Fraktion steht geschlossen hinter den Anträgen der GOR. Im Zusammenhang mit § 5 des Reglementes sei erwähnt, dass die Gebühren vom Stadtrat flexibel und einfach im Rahmen des reglementarischen Maximalbetrages festgelegt werden können. Auch kann es ihre Fraktion nicht verstehen, dass im Stedtli weiterhin ein Gratisparkieren möglich sein soll, denn der Stadt entgegen damit Gebühreneinnahmen von rund 40 %. Gemäss reglementarischer Zweckbestimmung soll der Parkplatz-Suchverkehr verhindert werden, doch hatte dieser seit Einführung der Gratis-Parkierhalbstunde zugenommen. Die Einführung des Gratisparkierens basierte auf einem Kompromiss zwischen dem Stadtrat und dem KMU-Vorstand, befristet bis zur Realisierung des neuen Parkhauses Bücheli, was ja zwischenzeitlich auch zur Tatsache geworden ist. Mit dem stadträtlichen Vorschlag für eine Reduktion der Gratis-Parkierstunde auf eine Gratis-Parkierhalbstunde dürften vom Stadtrat auch falsche Signale gesendet worden sein. Ist es denn beispielsweise auch im Sinn der KMU, dass Automobilisten nur schnell wegen kleinen und kurzen Einkäufen ins Stedtli kommen? Nicht die kostenpflichtigen Parkplätze schaden den KMU Liestal, sondern wohl eher die von Unstimmigkeiten und Streit geprägten Negativschlagzeilen in der Presse. Die Stadt Liestal hat ja auch 1,5 Mio. in das Parkhaus Bücheli investiert und damit sich diese Investition auch lohnt, sollte doch auch die Lenkung ins betreffend Parkhaus stattfinden. Es ist deshalb widersprüchlich, dass die Parkplätze im Stedtli noch künstlich attraktiver gehalten werden sollen. Und sollte dies so bleiben, wäre die Investition von 1,5 Mio. in das Parkhaus Bücheli nichts anderes als eine Verschwendung von Steuergeldern gewesen. Und mit der Jeton-Aktion von Manor und KMU ist es ja auch ohne Zutun der Stadt möglich, im Stedtli gratis parkieren zu können. Die Grünen werden den GOR-Anträgen zustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP) unterstützt das Votum des FDP-Fraktionssprechers vollumfänglich. Auch seine Fraktion habe die Welt nicht mehr verstanden, als man den GOR-Bericht zur Kenntnis bekommen habe, durfte man doch annehmen, dass mit dem Stadtrat ein Konsens gefunden werden konnte. Bei diesem Geschäft geht es nicht alleine um Paragraphen, sondern um die Existenz der Geschäfte im Stedtli. Es ist schlicht eine Utopie, wenn man meint, dass die Läden im Stedtli ohne Parkplätze überleben könnten, denn schliesslich kommen über 70 % der Einkäufer von auswärts. Auch machen viele Liestaler ihre Einkäufe in den Centren von Füllinsdorf und Bubendorf, da man dort gratis parkieren kann. Im Zusammenhang mit den ausfallenden Parkgebühreneinnahmen der letzten Jahre ist überhaupt nicht erwähnt worden, dass ein paar Dutzend Parkplätze im Stedtli aufgehoben wurden. Und so möchte er nochmals auf ein Studienergebnis hinweisen, wonach oberirdische Parkplätze die doppelten Umsätze als unterirdische Parkplätze generieren. Es ist wichtig, dass es im Zentrum auch weiterhin genügend oberirdische Parkplätze gibt. Auch seine Fraktion unterstützt die Stossrichtung, dass die Parkplätze in der Kernzone auch nur für eine kurze Dauer belegt werden können. Die SVP-Fraktion wird dem neuen Parkierungsreglement zustimmen, wenn weiterhin im Stedtli während einer halben Stunde gratis parkiert werden darf, wie dies vom Stadtrat auch vorgeschlagen wird. Auch unterstütze man den FDP-Antrag betreffend der namentlichen Abstimmung.

Walter Leimgruber (SP) äussert, die SP-Fraktion wird den GOR-Anträgen zustimmen. Es ist begrüssenswert, dass die wichtigsten Punkte im Zusammenhang mit dem Parkieren in Liestal in nur gerade 17 Paragraphen geregelt werden können. Im Zusammenhang mit dem mehrfach erwähnten § 5 sei erwähnt, dass bei der GOR-Beratung die Aktion des Bücheli-Parkhauses und KMU Liestal betreffend der Jeton-Abgabe usw. noch gar nicht bekannt gewesen sei. Dies hätte für ihn und seine Partei auch nicht viel geändert, denn die Park-

gebühren-Rückvergütung an die Einkäuferschaft sollte nicht nur bei den Bücheli-Parkplätze, sondern auch bei den anderen Parkplätzen im Stedtli möglich sein. Auch kann es nicht sein, dass die Stadt Subventionen an die Parkplätze leistet, die Private nicht auch leisten wollen, indem sie auf Gebühren verzichten. Gemäss § 2 soll das Langzeitparkieren auf oberflächlichen öffentlichen Parkplätzen und der Suchverkehr verhindert werden. Die Gratis-Parkierstunde hatte aber wesentlich zum Suchverkehr beigetragen und diesbezüglich ist auch schon viel beschissen worden, indem unter anderem auch KMU-Mitglieder beispielsweise stündlich neue Parkzettel ausgedruckt oder nur kurz ihr Auto umparkiert haben. Und gemäss Votum des SVP-Fraktionssprechers soll die SVP einstimmig die stadträträtlichen Anträge vertreten. Dies ist doch erstaunlich, werden doch in der GOR mit 2 SVP-Vertretern die Gegenanträge vertreten. Das Votum von Beat Gränicher beim vorgängig behandelten Geschäft verstehe er deshalb nicht.

Beat Gränicher (SVP) entgegnet und berichtigt, dass GOR-Präsident Markus Rudin als einziges Mitglied der SVP-Fraktion die Gegenanträge der GOR vertritt.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass die GOR anscheinend Mühe damit hatte, vom Stadtrat genaue Zahlen zu erhalten. Seine Fraktion bedauert es ausserordentlich, dass die GOR diesbezüglich nicht mehr Druck gemacht hatte. Mit den neuen Automaten und technischen Einrichtungen sollte es doch wirklich möglich sein, aussagekräftige Zahlen liefern zu können. Wegweisende Entscheide müssen nun heute vom Rat basierend auf einer höchst unsicheren Datenlage gefällt werden, was doch etwas bedenklich ist. Seine Fraktion begrüsst die Grundintension der GOR bei § 5, dass man im Reglement ein paar Grundsätze reglementarisch festgehalten und nicht alles dem Stadtrat überlassen möchte, doch mit den Änderungsanträgen der GOR hat sich das Ganze schlussendlich verschlimmbessert. Die Mittefraktion ist dezidiert der Meinung, dass das Gratisparking gemäss stadträtlichem Verordnungsentwurf sinnvoll ist und dass höchstens die grundsätzliche Kostenpflicht in den Zonen I und II im Reglement aufgenommen werden sollte. Diesbezüglich kann er sich den Voten der FDP- und SVP-Fraktionssprecher anschliessen. Natürlich befinden sich die Läden im Stedtli im Wettbewerb, doch spielen dabei nicht nur die Geschäfte in Nachbarländern, sondern auch die Einkaufszentren mit Gratisparkplätzen in den Nachbargemeinden eine wichtige Rolle. Liestal muss auch auf die Hinterbeine stehen und attraktive Bedingungen anbieten. Und die Mindereinnahmen von rund 40 % an Parkiergebühren beweisen doch, dass das Einkaufen in Liestal mit der Gratis-Parkierstunde durchaus für die Einkäuferschaft interessant ist. Seine Fraktion favorisiert ebenfalls die stadträtlichen Anträge und persönlich findet er eine namentliche Abstimmung ebenfalls sinnvoll.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) gibt bekannt, dass sich nach der stadträtlichen Stellungnahme auch noch Einzelsprecher zu Wort melden dürfen. Die Ratsmitglieder werden gebeten, sich auf neue Aspekte zu beschränken und kurz zu fassen.

Stadtrat Peter Rohrbach war tatsächlich auch überrascht und auf dem linken Fuss erwischt worden, indem er nicht zu allen GOR-Sitzungen eingeladen wurde. Seit Jahren werden in den Rechnungen und Budget's die Parkplatzgebühren-Erträge ausgewiesen, so unter anderem auch im Budget 2014 auf Seite 54. Wenn solche Zahlen gewünscht werden, erwarte er doch als Departementsvorsteher, dass er diesbezüglich auch persönlich angefragt werden. Die Botschaft von Michael Bischof habe auch er so verstanden, dass es sich beim vorliegenden Geschäft nicht um eine Finanzvorlage und auch nicht um eine Anti-Auto-Vorlage, sondern um eine Marketing-Vorlage handelt. Und man darf aber auch nicht meinen, dass das Zentrum Liestal so begehrt ist, dass sich die Leute den Kopf einrennen. Beim schiefen Turm von Pisa verhält es sich tatsächlich so, dass je näher die Parkplätze beim Turm liegen, diese auch immer teurer werden. Diese Situation kann und darf aber in Liestal nicht umgelegt werden. Das vom Stadtrat unterbreitete Parkierkonzept ist ein möglicher Marketingansatz. Erneute hitzige Diskussionen und Debatten im Zusammenhang mit den Parkplätzen im Stedtli dürften dann auch wieder zu süffigen Presseberichten führen, schlussendlich aber eine schlechte Marketing-Botschaft verkünden. Und sollte der GOR-Antrag gemäss § Abs. 2 nicht

abgelehnt werden, so würde viel in den Köpfen der Liestaler-Bevölkerung und Umgebung kaputt gemacht, was in den letzten Jahren aufgebaut wurde. Das Verhindern von Langzeitparkierern ist bei einem Angebot für ein Gratisparkieren während einer Stunde schlecht möglich. Wichtig ist ein guter Umschlag bei den gut zugänglichen Parkplätzen und die Langzeitparkierer sollen in die Parkhäuser gehen. Im Zentrum gibt es erst im oberen Bereich zwei Parkhäuser, im unteren Teil des Stedtlis ist die Parkhaus-Situation nach wie vor schlecht. Auch ist es wichtig, dass mit dem Gesamtkonzept das unerwünschte Fremdparkieren in den Aussenquartieren verhindert werden kann. Es wäre nun schade, wenn das Gesamtkonzept auseinanderbrechen würde. Dem Rat kann er bereits heute garantieren, dass die Nachbargemeinden noch Dankschreiben nach Liestal schicken werden, sollte der Einwohnerrat den Gegenantrag der GOR betreffend § 5 Abs. 2 heute nicht ablehnen.

Markus Rudin (SVP) hält als GOR-Präsident fest, dass die Kommission bei der Beratung der stadträtlichen Vorlage keine Kenntnis von irgendwelchen Aktionen des Parkhaus Bücheli und/oder der KMU Liestal betreffend der Abgabe von Jetons usw. hatte. Auch wurde heute festgehalten, dass Einwohner von Liestal in Bubendorf und Füllinsdorf einkaufen gehen und dies erstaune ihn doch, kann man doch aktuell in Liestal auch während einer Stunde gratis parkieren. Und würde sich dieses Einkaufsverhalten ändern, wenn man künftig auch nur eine halbe Stunde gratis in Liestal parkieren dürfte? Bis im Jahr 2017 werden Investitionen von rund TCHF 300 für neue Parkuhren usw. getätigt. Die Parkplätze im Stedtli werden stark angefahren, sind gefragt und wertvoll, wenn diese nicht gerade den ganzen Tag von KMU-Mitarbeitenden belegt würden. Der Missbrauch des Gratisparkierens und die Dauerbelegung von Parkplätzen mitten im Stedtli ist nicht nur der Polizei bekannt und diesem leidigen Umstand kann nur entgegnet werden, wenn für alle Parkplätze Gebühren erhoben werden. Der Suchverkehr nach Gratisparkplätzen ist nicht nur für die Strassen-Cafés, sondern auch für die Anwohner und übrigen Stedtlibesucher unangenehm. Auch Rheinfelden sagt man nach, dass diese Stadt tot ist, was aber so nicht stimmt. Denn auch dort gibt es tolle Geschäfte und viele Kunden sowie Besucher, obwohl man dort auch nicht mitten im Stedtli parkieren kann. Er ist überzeugt davon, dass die Abschaffung des Gratisparkierens per Saldo doch Vorteile bringt, wenn die Parkiergebühren nicht zu hoch angesetzt werden.

Beat Gränicher (SVP) erklärt, dass er in seinem Job abends etwas in der Kasse haben muss und dies dürfte vermutlich nicht bei allen Ratsmitgliedern zutreffen. Auch überraschen ihn all die Experten hier im Saal, die angeblich wissen, was der Detailhandel zum Überleben braucht. Von Stadtrat Peter Rohrbach ist gesagt worden, dass Liestal als Einkaufsmeile nicht so attraktiv sein soll, und so kann er festhalten, dass die Kundenfrequenz vom Coop Stabhof besser ist als bei den Läden in Bubendorf und Frenkendorf. Doch ist der Kundenfranken in Liestal tiefer als in den erwähnten Coop-Läden, da Grosseinkäufe wegen den fehlenden Parkplätzen in unmittelbarer Nähe des Ladens nicht möglich sind. Auch er kann den teilweisen Missbrauch des Gratisparkierens bestätigen, da es Detailhändler gibt, die sich stündlich einen neuen Parkierzettel ausdrücken. So befürwortet er auch die Reduktion des Gratisparkierens von einer Stunde auf neue eine halbe Stunde. Es gibt viele Stedtlibesucher, die die öffentlichen Parkplätze nur kurz für den Einkauf des Znüni und/oder Mittagessens beanspruchen. Und diese würden sicher nicht mehr kommen, wenn sie für diese Kurzeinkäufe eine Parkgebühr von einem Franken bezahlen müssten. Die Problemlösung liegt darin, dass künftig der Missbrauch des Gratisparkierens vermehrt bestraft würde, zumal ja diejenigen Fahrzeughalter auch bestens bekannt sind, welche den ganzen Tag ihr Auto auf demselben Parkplatz abgestellt haben. Und wegen der Baustelle beim alten Manor sind in der Rathausstrasse Fahrverbote und Veloabstellverbote verfügt worden. Auch dieses Verbot wird nicht durchgesetzt oder geahndet, denn so wurden am heutigen Nachmittag rund 30 parkierte Velos vor dem Stabhof abgestellt. Viele Detaillisten sind auch Steuerzahler und so könnte bei diesen doch auch vermehrt das Gefühl aufkommen, dass sie nur noch geben müssen, dafür aber nichts zurückbekommen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) unterstützt das Votum ihres Vorredners. Zumindest die Gratisparkier-Halbstunde sollt weiterhin gewährt werden. Die mit dem neuen Manor erwarteten Besucherströme ins Stedtli finden nicht im erwarteten Ausmass statt. Liestal braucht Kunden ihm Stedtli und so sollte diesen auch ein kleines Zückerchen gegeben werden.

Pascal Porchet (FDP) stimmt der Aussage des Stadtrates zu, und stellt fest, dass hier eine Marketingvorlage diskutiert wird. Auch er plädiert dafür, dass auch künftig weiterhin eine halbe Stunde gratis parkiert werden darf. Und der immer wieder erwähnte Suchverkehr hat doch auch etwas Gutes an sich, denn spätestens wenn dieser nicht mehr stattfinden würde, wäre das Stedtli vermutlich tot. Das neue Parkierungsreglement mit seinen 17 Paragraphen ist tatsächlich schlank und übersichtlich. Und so könnte die Umsetzung von § 15 tatsächlich Wirkung zeigen und fruchten, wenn Zuwiderhandlungen gegen das Reglement mit einer Busse von CHF 500.- bestraft würden. Kanton und Gemeinden sollten sich sowieso vermehrt für die Umsetzung und den Vollzug von rechtskräftigen Erlassen und Reglementen einsetzen. Bei Bussen in solch einer Grössenordnung werden es sich ebenfalls die Parksünder gut überlegen, ob sie beispielsweise das Gratisparkieren weiterhin missbrauchen wollen.

Corinne Ruesch (GL) führt aus, dass Marketinginstrumente zielgruppenspezifisch angewendet werden. Sie vertritt hier nun die Zielgruppe von Familien mit Kleinkindern und findet es ärgerlich, wenn man bei Einkäufen im Stedtli permanent dem Such- und Autoverkehr im Stedtli ausweichen muss. So hatte ihr auch eine Bekannte aus dem Oberbaselbiet gesagt, dass sie bei ihren Einkäufen sicher nicht in der Kasernenstrasse usw. parkiert und Parkgebühren bezahlt, so lange es im Stedtli noch Parkplätze gibt, auf denen man gratis parkieren kann.

Peter Küng (SP) hält fest, dass er im Fischmarkt wohnt und deshalb weiss, dass die Realität betreffend dem Missbrauch des Gratisparkierens doch etwas anders aussieht, als sie teilweise geschildert wird. So kann er einen Coiffeur beobachten, der tagelang im Fischmarkt gratis parkiert, indem er stündlich die Parkzettel austauscht. Dies würde er vermutlich auch tun, wenn die Gratisparkierzeit auf eine halbe Stunde reduziert würde. Der Suchverkehr hat extrem zugenommen. Und so kommt es auch vor, dass die Chefin eines Coiffeurladens hupt, bis dass der Parkplatz vor ihrem Geschäft frei wird, damit sie dann auf diesem parkieren kann. Das Gratisparkieren im Stedtli ist als Übergangsmassnahme bis zur Fertigstellung des neuen Bücheli-Parkhauses zugestanden worden. Dieses Parkhaus mit 300 Parkplätzen steht nun zur Verfügung und ist gar grösser als das frühere Parkhaus mit rund 100 Parkplätzen. Auch wurden im Stedtli zusätzliche oberirdische Parkplätze geschaffen. Eine Ratsmehrheit wird dem Gratisparkieren vermutlich heute zustimmen und so möchte er mit auf den Weg geben, dass die Parkplätze bewirtschaftet werden müssen, und dies müsste bei der Möglichkeit des Gratisparkierens noch intensiver und strenger praktiziert werden. So muss sich Polizist René Nebel bei den Parkierkontrollen auch immer wieder auf Diskussionen mit Ladenbesitzern im Fischmarkt einlassen, doch nützen diese oftmals nicht viel oder für längere Zeit. Auch muss man sich bewusst sein, dass nun weiterhin mit öffentlichen Geldern Parkplätze subventioniert werden und mit diesen Marketingmassnahmen die Parkplätze von Privat-Parkhäusern konkurrenziert werden. Und wenn die Aussage stimmen würde, dass jeder Parkplatz Mehrumsatz bringt, dann müssten ja die Läden im Fischmarkt den besten Standort haben, und das sehe er als Detaillist nicht so.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, dass viele ihre Einkäufe nicht mehr im Stedtli machen werden, wenn sie keinen Parkplatz vorfinden. Wichtig ist nicht prioritär, dass die Parkplätze gratis sind, sondern dass es überhaupt freie Parkplätze gibt und dies ist mit der Gewährung eines stündigen oder halbstündigen Gratisparkierens schlecht möglich. Bei einer Ablehnung des GOR-Antrages gemäss § 5 Abs. 2 hätte der Stadtrat auf Verordnungsstufe trotzdem noch die Möglichkeit, das Gratisparkieren abzuschaffen. Dem Stadtrat sollte deshalb die entsprechende Kompetenz und der Auftrag gegeben werden, damit dieser anhand

einer Analyse und weiteren Abklärungen die entsprechenden Entscheide gemäss Verordnung fällen kann.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) teilt mit, dass die Rednerliste nach den nächsten 3 Ratsmitgliedern geschlossen und nach einer letzten Stellungnahme des Stadtrates über die Anträge abgestimmt wird.
Der Antrag der FDP betreffend der namentlichen Abstimmung ist noch schriftlich und mit vier Unterschriften einzureichen.

Jürg Holinger (GL) wehrt sich dagegen, dass all diejenigen Ratsmitglieder, die sich für eine Abschaffung des Gratisparkierens aussprechen und entscheiden, als gewerbefeindlich bezeichnet werden. Diese bringen auch täglich den Tatbeweis, dass sie ihre Einkäufe im Stedtli machen.

Michael Bischof (FDP) hält fest, dass es verschiedene Ideologien gibt und so muss man halt auch akzeptieren, dass gegebenenfalls gewisse Klassierungen stattfinden. Verschiedene Aussagen aus dem Votum von Peter Küng kann er unterstützen, da er selbst ja seinen Arbeitsplatz auch am Fischmarkt hat. Auch habe er selbst schon Polizist René Nebel zur vermehrten Parkierkontrolle aufgerufen, doch ist er von diesem unwirsch abgewimmelt worden. Ebenfalls habe er schon verschiedentlich einige Dauer-Gratisparkierer angesprochen, doch frage er sich schon, ob dies denn wirklich die Aufgabe von Peter Küng und ihm sei. Schliesslich ist es der Auftrag des Kantons und der Stadt, dass die Gesetze und Reglemente vollzogen werden. Und trotz der Auslagerung der Stadtpolizei zur Kantonspolizei wird der Stadtrat wohl immer noch Möglichkeiten haben, diesbezüglich Einfluss nehmen zu können. Auch könnten Leute ausgebildet werden, damit diese die Hoheit bekommen, Parkierkontrollen vorzunehmen und Bussen zu verteilen. Erfolgreich werden in Basel progressive Parkbussen erhoben, was sicher auch in Liestal möglich wäre. Auch von den Besitzern des Parkhaus Bücheli sind beispielsweise keine Einwände gegen das Gratisparkieren auf den stadteigenen Parkplätzen vorgebracht worden. Das Votum von Anna Ott als Fraktionssprecherin der Grünen ist zwar ehrenhaft, doch müsste von ihr auch gesagt werden, von welchem Gesamtbetrag denn die Parkgebühreneinnahmen um 40 % gesunken sind. Diese Zahlen sind zwar verlangt, aber nicht geliefert worden. Die Anwürfe von Walter Leimgruber der SP-Fraktion gegen GOR-Mitglieder betreffend den Meinungsänderungen werden nicht verstanden, denn schliesslich kann in einem Parlament und auch in der GOR jedes Ratsmitglied gescheiter werden.

Thomas Eugster (FDP) meint, dass es nun an der Zeit wäre, dass die links-grüne Seite ihre ideologischen Scheuklappen ablegen würde. All den Voten konnte entnommen werden, dass das Hauptproblem bei den Dauerparkierern im Stedtli liegt. Und wie dieses Problem gelöst werden kann, ist auch schon mehrmals gesagt worden. Mit der Gratisjeton-Aktion versuchen die KMU-Verantwortlichen, die Automobilisten in die Parkhäuser zu lenken. Mehr kann nun nicht mehr gemacht werden und da es sich um Marketingangelegenheit für Liestal handelt, ist ein Zeichen zu setzen und die Gratisparkier-Halbstunde beizubehalten.

Stadtrat Peter Rohrbach dankt für die Anregungen aus dem Rat und pflichtet bei, dass die Parkplatzbewirtschaftung ein ganz wesentlicher Punkt ist. Auch diese Bewirtschaftung kostet und deshalb müssten gegebenenfalls auch die weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es wäre auch ein falscher Ansatz, wenn die Gemeindefinanzen mit den Parkgebühren saniert würden. Festhalten möchte er zudem, dass auch die Betreiber des Parkhaus Bücheli dem stadträtlichen Konzept mit der Gratisparkier-Halbstunde befürworten. Die Parkhausbetreiber müssen sich betreffend ihrer Hochpreispolitik herantasten. Auch der Stadtrat muss mit einem schrittweisen Vorgehen ebenfalls für eine bestmöglichste Umsetzung und Bewirtschaftung der Parkplätze besorgt sein. Der Stadtrat hat mit seiner Vorlage Nr. 2013/66 ein ausgewogenes Paket unterbreitet, welchem der Rat hoffentlich auch zustimmen wird.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) hält fest, dass der Rat am Schluss über die Genehmigung des neuen Parkierungsreglementes beschliessen kann. Der FDP-Antrag betreffend der namentlichen Abstimmung ist zwischenzeitlich eingegangen, was bei der Schlussabstimmung der Fall sein wird.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt den Antrag, dass § 5 Abs. 2 gemäss GOR-Vorlage Nr. 2013/66a gestrichen wird. Damit würde man mehr Flexibilität bekommen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) bittet Ratsmitglied Gerhard Schafroth um die schriftliche Einreichung des neuen Antrages.
Basierend auf dem GOR-Bericht und Vorlage Nr. 2013/66a wird das neue Parkierungsreglement nun punktuell behandelt.

- ***Antrag FDP-Fraktion betreffend § 5 Abs. 1 der GOR-Vorlage Nr. 2013/66a***

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) verliest den Antrag der FDP-Fraktion: *Für alle Parkplatzzonen gilt ein Gebührenrahmen von maximal CHF 3.00 pro Stunde.*
Der Stadtrat und die GOR beantragen einen Gebührenrahmen von maximal CHF 5.00 pro Stunde.

://: Mit 18 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltungen wird dem Antrag des Stadtrates und der GOR mit einem Gebührenrahmen von maximal CHF 5.00 pro Stunde zugestimmt und der FDP-Antrag für einen Gebührenrahmen von maximal CHF 3.00 pro Stunde abgelehnt.

- ***Antrag Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) betreffend § 5 Abs. 2 der GOR-Vorlage Nr. 2013/66a***

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) erklärt, dass Ratsmitglied Gerhard Schafroth die Streichung von § 5 Abs. 2 der GOR-Vorlage beantragt, welcher wie folgt von der GOR formuliert wird: *„Von Montag bis Samstag zwischen 07.00 und 19.00 Uhr sind in den Zonen I und II die Parkplätze kostenpflichtig, in der Zone III grundsätzlich kostenpflichtig und in den Zonen IV und V grundsätzlich kostenlos.“*

Michael Bischof (FDP) hält fest, dass er das Abstimmungsprozedere nicht mehr verstehe, was vermutlich nicht nur bei ihm selbst der Fall ist, denn der Antrag von Gerhard Schafroth und derjenige des Stadtrates sind identisch.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass Ratsmitglied Gerhard Schafroth gemäss Reglement das Recht zusteht, einen Antrag zu stellen, über welchen abzustimmen ist. Diesen wird er nun zur Abstimmung bringen.

://: Der Antrag von Gerhard Schafroth wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

- ***Schlussabstimmung***

Beat Gränicher (SVP) bemerkt, dass man im Rat das Abstimmungsprozedere und somit die Frage der Schlussabstimmung nicht verstehe, weshalb er ein Timeout verlange.

Michael Bischof (FDP) erklärt, dass der Rat bei der letzten Abstimmung betreffend dem Antrag von Gerhard Schafroth den Vorschlag bzw. Antrag der GOR betreffend § 5 Abs. 2 gestrichen habe. Es gibt aber weitere GOR-Anträge, welchen der Rat zustimmen wird. Das heisst, dass nun über die GOR-Anträge einzeln oder gesamthaft abgestimmt werden muss.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) hält fest, dass bereits vorgängig sämtliche Anträge der GOR bzw. Paragraphen des Reklamereglementes gemäss Fassung vom 02.10.2013 behandelt wurden. Mit Ausnahme der beiden Gegen-Anträge zu § 5, über welche bereits abgestimmt wurde, wurden keine weiteren Anträge gestellt, weshalb der Rat den unbestrittenen übrigen GOR-Änderungsanträgen bereits stillschweigend zugestimmt hatte.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) hat Klärungsbedarf und möchte wissen, ob denn der Rat nun bereits über den Antrag betreffend der Gratisparkier-Halbstunde abgestimmt habe oder nicht.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) hält fest, dass mit der Gutheissung des Antrages von Gerhard Schafroth auch schon über das Gratisparkieren entschieden wurde.

Michael Bischof (FDP) erklärt, dass ein Gratisparkieren grundsätzlich weiterhin möglich ist, da dieser Entscheid gemäss Verordnung dem Stadtrat zustehe.

Daniel Spinnler (FDP) informiert ergänzend darüber, dass mit den vorgängigen Entscheiden dem Stadtrat die Kompetenz für die Gebührenfestlegung bis CHF 5.--/Stunde erteilt wurde. Diesem steht es auch zu, auf Verordnungsstufe das Gratisparkieren zu beschliessen und zu bewilligen.

://: In der namentlichen Schlussabstimmung wird das revidierte Parkierungsreglement (ESL 415.1) gemäss GOR-Antrag mit Berücksichtigung der beschlossenen Änderung von § 5 Abs. 1 (Gebührenrahmen von max. CHF 3.--/Std.) mit 22 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen genehmigt.

	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Augstburger Elisabeth	X		
Bischof Michael	X		
Eichenberger Erika			*(entschuldigt)*
Eisenring Fabian	X		
Eugster Thomas	X		
Fischer Werner	X		
Fraefel Stefan	X		
Franke Meret			*(entschuldigt)*
Gränicher Beat	X		
Güngör Canan			X
Gutzwiller Rolf			*(entschuldigt)*
Holinger Jürg		X	
Hügli Corinne	X		
Jeitziner Karin	X		

Kaufmann Lisette		X	
Küng Peter			X
Leimgruber Walter			X
Lerf Heinz	X		
Mägli Patrick			X
Meyer Denise	X		
Meyer Hanspeter	X		
Meyer Markus	X		
Ott Anna		X	
Porchet Pascal	X		
Quensel Marianne			X
Rudin Lorenz	X		
Rudin Markus		X	
Ruesch Corinne		X	
Schafroth Gerhard	X		
Schafroth Hans-Rudolf	X		
Spinnler Daniel	X		
Steinger Pia	X		
Stoll Diego	X		
Stoll Hanspeter			X
Sutter Sabine			*(entschuldigt)*
Wunderlin Vreni	X		
Wyss Claudio	X		
Zimmermann Matthias			*(entschuldigt)*
Zumsteg Hanspeter		X	
TOTAL	*22*	*6*	*6*

127 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Prüfung Leistungsverträge der Abteilungen Sozialberatung und Jugend/Alter/Integration/Gesundheit – Bericht der Geschäftsprüfungskommission GPK (Nr. 2013/80)

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) stellt als GPK-Präsident den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2013/80 vor: Vor gut einem Jahre hatte sich die GPK darüber Gedanken gemacht, wie sie die im Gemeindegesetz festgelegte Verantwortung als Oberaufsicht wahrnehmen will. Dieser Aufgabenbereich ist sehr umfassend und die GPK kann ihre Funktion nur punktuell wahrnehmen. Die GPK hatte sich entschieden, einen Teil der Leistungsverträge der Abteilungen Sozialberatung und Jugend/Alter/Integration/Gesundheit aus dem Bereich Sicherheit/Soziales zu prüfen. Verschiedene Aufgaben werden von der Stadt nicht mehr selbst erledigt, sondern mit Leitungsverträgen ausgelagert, wobei die Kosten natürlich gleichwohl bei der Stadt bleiben. Die Stadt übt eine Kontrolle darüber aus, ob und in welcher Qualität die vertraglich festgelegten Leistungen erbracht werden. Diese Kontrolle ist nicht immer einfach zu gewährleisten, obwohl in den Leistungsverträgen die zu erbringenden Leistungen und die Kontrollinstrumente der Stadt definiert sind. Die Kommission war sich der personellen Änderungen im Stadtrat sowie in der Bereichsleitung bewusst. Die Überprüfung durch die GPK hatte den Betroffenen doch ermöglicht, sich schon früh nach dem Amtsantritt mit dieser Materie auseinanderzusetzen und so sind diese bei der Aufarbeitung selbst auf Mängel und Verbesserungsmöglichkeiten gestossen. Der Kommission, Stadträtin Marion Schafroth und Bereichsleiter René Frei wird für die gute Zusammenarbeit bei der Behandlung des Geschäftes der beste Dank ausgesprochen. Er verzichtet darauf, auf die einzelnen Berichtspunkte sowie Empfehlungen der Kommissionen einzugehen. Wichtig ist für ihn als GPK-Präsident, dass das Geschäft im Jahr 2015 wieder aufgenommen wird, wie dies unter Berichtspunkt Nr. 7 festgehalten wird.

Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) erklärt, ihre Fraktion findet das gewählte Thema der GPK gut und begrüsst es, dass die GPK im Jahr 2015 das Geschäft wieder neu aufnehmen wird. Im Fall des Tagesheim Sunnewirbel ist die Mittefraktion der Meinung, dass das hängige Postulat Nr. 2013/38 doch vom Stadtrat baldmöglichst behandelt werden sollte, damit der Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung rechtzeitig umgesetzt werden kann. Die Fraktion wird den Bericht einstimmig zur Kenntnis nehmen.

Marianne Quensel (SP) bedankt sich bei der GPK für die ausgezeichnete Arbeit und den Kommissionsbericht. Der Bericht gibt einen guten Einblick in die Quantität und Vielfältigkeit der Leistungsverträge der beiden Abteilungen. Insbesondere der Kommentar und die Empfehlung zum Tagesheim Sunnewirbel wird begrüsst. Und sollte es doch noch zu einem weiteren neuen Leistungsvertrag kommen, so müsste der Schaffung geeigneter messbarer Prüfkriterien doch die gebührende Beachtung geschenkt werden. Die nochmalige Überprüfung durch die GPK im Jahr 2015 wird ebenfalls begrüsst. Auch sollten die Leistungsverträge 14 – 18 überarbeitet und dabei das neue Jugendleitbild berücksichtigt werden. Die SP-Fraktion wird den GPK-Anträgen zustimmen.

Werner Fischer (FDP) bemerkt, dass es seine Fraktion ebenfalls freue, dass man mit den Leistungsverträgen gute Erfahrungen gemacht habe, sehr oft auch mit finanziellen Vorteilen für die Stadt. Man möchte jedoch davor warnen, dass künftig noch mehr Verträge zusammengelegt werden. Die meisten Verträge sind aktuell und die Fraktion wird den Anträgen der Kommission zustimmen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) erklärt, auch die SVP-Fraktion nehme zustimmend Kenntnis vom GPK-Bericht. Die Leistungsverträge sind anzahlmässig sowie inhaltlich vielseitig und grösstenteils aktuell.

Jürg Holinger (GL) bemerkt, dass die Überprüfung der Verträge zeigte, dass doch noch einiges aufzuarbeiten ist, was in der Vergangenheit vernachlässigt wurde. Dies betrifft beispielsweise die Qualität von Verträgen, weil bei diesen beispielsweise die Messkriterien fehlen. Auch sollten einige Verträge aktualisiert werden. Bei vielen Verträgen geht es um sehr viel Geld und mit etwas mehr Aufmerksamkeit wären Kosteneinsparungen sicher möglich. Bei den Verträgen müssen die Kontrollinstrumente unbedingt definiert werden und diese dann auch benützt und angewendet werden. Auch ist es wichtig, dass die Stadt mit den Auftragsnehmern in einem regelmässigen Kontakt steht. Die beanstandeten Verträge sollten zügig aktualisiert und eine regelmässig Qualitätskontrolle stattfinden. Man habe einen guten Eindruck von der Bereichsleitung und so sollte es möglich sein, dass die entsprechenden Lücken geschlossen werden können. Auch wird das geplante weitere Vorgehen betreffend dem Tagesheim Sunnewirbel begrüsst. In Abweichung zu den übrigen Fraktionen bezweifelt es seine Fraktion, dass im Zusammenhang mit den Verträgen bei der Jugendarbeit eine Synergiennutzung möglich ist, indem ein Anbieter alle Bedürfnisse abdeckt. Sorgfältig sollte abgeklärt werden, welcher Auftragnehmer künftig welche Aufgaben erhalten soll. Dem Stadtrat und der Verwaltung wird die gute Zusammenarbeit im Zusammenhang mit den Abklärungen der GPK beim vorliegenden Geschäft verdankt. Die Grünen werden beiden Anträgen zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass im GPK-Bericht erwähnt wird, dass die Messbarkeit der Leistungen beim Tagesheim Sunnewirbel nur schwer möglich sein soll. Das kantonale Amt für Kinder-, Jugend- und Behindertenhilfe führt auch beim Tagesheim Sunnewirbel Kontrollen durch. Auch werden bei den Eltern periodisch Erhebungen gemacht.

Hanspeter Meyer (SVP) stellt fest, dass auch mit der Pro Senectute ein Leistungsvertrag mit einem jährlichen Beitrag von rund TCHF 50 besteht. Diese Institution blockiert aktuell mit Beschwerden und Verzögerungen ein grösseres Bauvorhaben beim Bahnhof. Er frage sich schon, ob denn die Stadt weiterhin finanzielle Mittel an diese Institution leisten soll, damit diese dann mit solchen Geldern hohe Anwaltskosten bezahlen kann.

Stadträtin Marion Schafroth dankt für die gute und interessante GPK-Diskussion im Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft. Die Leistungsvereinbarung mit dem Tagesheim Sunnewirbel läuft 2014 aus und so wird auch bald das Postulat Nr. 2013/38 betreffend der familienergänzenden Kinderbetreuung in KITAS auf Basis der Subjetfinanzierung beantwortet. Die Meinung, dass mit der Aufarbeitung von Verträgen weitere Einsparungen möglich sein sollte, dürfte illusorisch sein. Der Stadtrat und der zuständige Bereich nehmen die Empfehlungen der GPK ernst und werden das Nötige veranlassen.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom GPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2013/80.

://: Einstimmig bittet der Einwohnerrat den Stadtrat, die Empfehlungen der GPK zu prüfen und diese künftig bei der Ausarbeitung von Leistungsverträgen einfliessen zu lassen.

128 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Altlastensanierung Kugelfang der Schiessanlage Helgenweid, Quellfassung Helgenweid (Nr. 2013/73)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.
Die Fraktionssprecher möchten sich nun zuallererst kurz dazu äussern, ob das Geschäft direkt beraten oder aber an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen werden soll.

Patrick Mägli (SP) meint, dass an der Altlastensanierung gemäss gesetzlichen Vorgabe kein Weg vorbeiführen wird. Liestal besitzt im betreffenden Gebiet eine Quelle und wird wohl auch deshalb an einer raschmöglichsten Sanierung interessiert sein. Eine Überweisung an die BPK macht aus Sicht der SP-Fraktion nicht viel Sinn, denn damit dürfte es nur zu unnötigen Verzögerungen kommen. Seine Fraktion spricht sich für eine Direktberatung aus und kann auch dem Antrag zustimmen.

Markus Rudin (SVP) führt aus, auch die SVP-Fraktion spreche sich für eine Direktberatung des Geschäfts aus und wird dem stadträtlichen Antrag ebenfalls zustimmen.

Werner Fischer (FDP) sagt, auch seine Fraktion befürworte eine Direktberatung der stadträtlichen Vorlage, möchte aber noch wissen, wie hoch denn der prozentuale Kostenanteil von welchem Betrag sein wird und ob die Sanierungskosten zu Lasten der Wasserkasse finanziert werden?

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) erklärt, ihre Fraktion befürwortet eine Direktberatung der Vorlage und wird auch dem beantragten Kredit zustimmen.

Jürg Holinger (GL) sagt, seine Fraktion schliesst sich den Voten der Vorredner an und bevorzugt eine Direktberatung der Vorlage.

Stadträtin Regula Nebiker dankt für die gute Aufnahme des Geschäfts im Rat. Festhalten möchte sie, dass das Grundwasser bei der Quellfassung Helgenweid wegen dem Kugelfang nicht gefährdet ist. Der Bund übernimmt 25 % der Kosten und von den restlichen 75 % übernimmt der Kanton die erste Hälfte sowie die Gemeinden Liestal und Hölstein teilen sich hälftig die zweite Hälfte. Der Kostenanteil von Liestal wird von der Wasserkasse finanziert, was auch so budgetiert ist.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden, weshalb über den stadträtlichen Antrag abgestimmt werden kann.

://: Der Rat genehmigt einstimmig den Bruttokredit von CHF 470‘000 (Nettokostenanteil Stadt Liestal von CHF 89‘500) inkl. Verteilschlüssel der Kosten betreffend der Altlastensanierung beim Kugelfang bzw. der Quellfassung Helgenweid.

129 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Genereller Entwässerungsplan GEP, Teilrevision Oberer Burghaldenweg (Nr. 2013/74)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt die Frage, ob das Eintreten auf das Geschäft bestritten wird.

://: Das Eintreten wird einstimmig beschlossen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) erklärt, dass das Büro dem Rat die Direktberatung der Vorlage vorschlägt. Die Fraktionssprecher möchten sich nun äussern, ob das Geschäft direkt beraten oder aber an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen werden soll.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GL) orientiert, dass ihre Fraktion eine Direktberatung der Vorlage befürworte.

Pascal Porchet (FDP) bemerkt, dass auch die FDP-Fraktion eine Direktberatung der Vorlage unterstützt. Neueinzonungen von Bauland werden begrüsst und die GEP-Teilrevision mit einem Trennsystem beim Abwasser ist zeitgemäss.

Fabian Eisenring (SP) gibt bekannt, dass auch die SP-Fraktion der Direktberatung zustimmt und auch dem stadträtlichen Antrag zustimmen wird.

Beat Gränicher (SVP) informiert, auch seine Fraktion spricht sich für eine Direktberatung des Geschäfts aus und wird der beantragten GEP-Teilrevision zustimmen.

Stadtrat Peter Rohrbach äussert, dass im Zusammenhang mit der Zonenplanüberarbeitung im Jahre 2010 konsequenterweise auch die GEP-Teilrevision hätte beschlossen werden können.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und somit über den Antrag des Stadtrates abgestimmt werden kann.

://: Der Rat beschliesst einstimmig die Teilrevision „Oberer Burghaldenweg“ des Generellen Entwässerungsplanes GEP.

130 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Personalreglement (ESL 150.1), Teilrevision (Nr. 2013/81)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt das das Eintreten auf das Geschäft zur Diskussion, und stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.
Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die GOR vor. Die Fraktionssprecher möchten sich nun äussern, ob das Geschäft direkt beraten oder aber an die GOR oder eine andere Kommission zur Vorberatung überwiesen werden soll.

Markus Meyer (SVP) erklärt, dass die SVP-Fraktion die Vorberatung durch die GOR unterstützt. Von der GOR sollte geprüft werden, ob bzgl. der Vorsorgeeinrichtung bei § 16 des Reglementes nicht der kurze Textvorschlag gemäss Schreiben der Finanz- und Kirchendirektion BL übernommen werden könnte, wie dieser vor rund drei Monaten vom Kanton den Gemeinden vorgeschlagen wurde.

Patrick Mägli (SP) sagt, auch seine Fraktion befürworte eine Überweisung an die GOR. Der Vorlage kann entnommen werden, dass es im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens teilweise Differenzen zwischen der Personalkommission und der Stadt gab. Es ist eine Tatsache, dass sich die öffentlich-rechtlichen Anstellungsbedingungen länger und mehr den privatrechtlichen Bestimmungen gemäss Obligationenrecht angleichen. Sollte man aber nun die Angestelltenverhältnisse dem Privatrecht angleichen wollen, so sollte man dies gesamthaft durchziehen. So ist es beispielsweise für seine Fraktion auf den ersten Blick nicht nachvollziehbar, weshalb bei der Probezeit von der Personalkommission 6 Monate verlangt werde, obwohl der Stadtrat die kantonale Regelung von 3 Monaten übernimmt, was ebenfalls dem Obligationenrecht entspricht.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GL) berichtet, die Mittefraktion unterstütze den Vorschlag für eine Überweisung der Vorlage an die GOR. Es scheint zwar einerseits eine klare Vorlage mit einem autonomen Nachvollzug zu sein. Doch der autonome Nachvollzug hat auch die Krux, dass man autonom ist und anders entscheiden könnte. Persönlich erlaube er sich die Bemerkung, dass die GOR eine Vorlage bringen könnte, die im Rat mehrheitsfähig ist und nicht wieder von der Traktandenliste abgesetzt würde.

Anna Ott (GL) sagt, ihre Fraktion sei ebenfalls für die Überweisung der Vorlage an die GOR.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Geschäft an die Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zur Vorberatung überwiesen.

131 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Grünflächenbewirtschaftungskonzept – Bericht Stadtrat zum Postulat von Corinne Ruesch und Meret Franke namens der Grünen Fraktion betreffend Grünflächenbewirtschaftungskonzept, basierend auf Landschaftsnetwicklungskonzept (Nr. 2012/221)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird.

Corinne Ruesch (GL) dankt als Mitunterzeichnerin des Postulates dem Stadtrat für die Postulatsbeantwortung, und stellt fest, dass die Postulantinnen das vorgeschlagene Bewirtschaftungskonzept begrüssen. Auch der Stadtrat sieht die Vorteile eines Konzeptes darin, dass man damit beispielsweise eine bessere Übersicht hat und ein besseres Wissens- und Ressourcenmanagement betrieben werden kann. Wichtig ist auch, dass die im LEK vorgeschlagenen Massnahmen im Konzept aufgenommen werden. Dem Bericht kann entnommen werden, dass noch einiger Handlungsbedarf vorhanden ist, was doch verdeutlicht, dass man bis anhin kein adäquates Instrument betreffend der Bewirtschaftung der kommunalen Grünflächen der Stadt hatte. Die Postulantinnen können den stadträtlichen Antrag betreffend der Kenntnisnahme des stadträtlichen Berichtes unterstützen, wollen aber ihren Vorstoss erst dann abschreiben, wenn das Bewirtschaftungskonzept auch wirklich vorliegt.

Marianne Quensel (SP) teilt mit, dass die SP-Fraktion die Anträge der Grünen Fraktion unterstützt und ebenfalls das Konzept sehen möchte, bevor das Postulat abgeschrieben wird.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) meint, dass in Liestal Jahr für Jahr neue Bepflanzungen, zum Teil auch mit Bäumen, vorgenommen werden. Diese benötigen eine intensive Pflege durch die Mitarbeitenden der Stadt. Rund 60 Prozent der Gesamtfläche Liestals sind mit Wald bestockt, welche von der Bürgergemeinde bewirtschaftet wird. Der heutige Bestand an Bepflanzungen im öffentlichen Raum sowie deren Bewirtschaftung sollte nicht noch mehr weiter ausgebaut werden. Damit könnten die Folgekosten für die Erarbeitung eines Bewirtschaftungskonzeptes und die zusätzlich zu erwartenden Unterhaltskosten gespart werden. Die SVP-Fraktion nimmt den stadträtlichen Bericht ablehnend zur Kenntnis und wird einer Postulatsabschreibung zustimmen.

Werner Fischer (FDP) äussert, dass seine Fraktion grundsätzlich ein Bewirtschaftungskonzept befürworte. Der alleinige Gebrauch von einheimischen Pflanzen macht nicht in jedem Fall Sinn, denn Grünflächen erfüllen meist noch andere Aufgaben und Bedingungen, als einfach nur die Natur in die Stadt zu bringen. So kann beispielsweise ein Garten ein Kulturgut und Kulturraum sein, hingegen aber auch repräsentative Pflichten erfüllen. So sollte man beispielsweise genügend Spielraum für Pflanzen lassen, die nicht unbedingt einheimisch sind, sich aber doch gut anklimatisiert haben. So möchte er beispielsweise nicht den Banntagsflieder in den Nachbargemeinden holen müssen, nur weil dieser nicht zu den einheimischen Pflanzen zählt.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) sagt, die Mittefraktion unterstütze die beiden stadträtlichen Anträge.

Thomas Eugster (FDP) merkt an, dass er sich mit den formulierten Zielen einverstanden erklären kann, doch hätte auch die FDP-Fraktion nichts dagegen, wenn man mit dem Bewirtschaftungskonzept schlussendlich auch tiefere Bewirtschaftungskosten erzielen könnte.

Stadträtin Regula Nebiker berichtet, dass die aktive Aufnahme des Vorstosses durch den Stadtrat schon auch darauf beruht, dass auf operativer Ebene ein deutlicher Handlungsbedarf betreffend der Grünflächenbewirtschaftung besteht. Und so erwartet der Stadtrat, dass mit dem Konzept eine bessere Effizienz und kostengünstigere Bewirtschaftung möglich sein wird. Dementieren möchte sie eine vorgängig gemachte Aussage betreffend dem Gebrauch von Giften. Es stimmt teilweise schon, dass da und dort vielleicht zu viel gemacht wird und es durchaus möglich ist, etwas extensiver werden zu können. Natürlich kann das Konzept und die Stossrichtung nicht von heute auf morgen umgesetzt werden. Sie bittet den Rat, den beiden Anträgen zuzustimmen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden, weshalb der Rat nun über die beiden stadträtlichen Anträge gemäss Vorlage Nr. 2012/221a beschliessen kann.

://: Mit grossem Mehr gegen 6 Nein-Stimmen nimmt der Rat Kenntnis vom stadträtlichen Bericht.

://: Der Einwohnerrat schreibt das Postulat Nr. 2012/221 mit grossem Mehr gegen 13 Nein-Stimmen als erfüllt ab.

132 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. Kinderfreundliche Gemeinde – Bericht Stadtrat zum Postulat betreffend Erwerb des Labels „Kinderfreundliche Gemeinde Liestal“ von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2012/30)

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) dankt als Postulantin für die Beantwortung ihres Vorstosses. Den verschiedenen Reaktionen der Fraktionen im Vorfeld konnte sie bereits entnehmen, dass im Rat die Notwendigkeit eines solchen Labels nicht mehrheitlich unterstützt wird. In den nächsten Monaten kommen andere wichtige Vorlagen wie beispielsweise das Quartierzentrum Fraumatt in den Einwohnerrat. Und ihr persönlich ist es auch wichtig, dass beispielsweise Gelder der Stadt für solche Projekte gesprochen und eingesetzt werden bzw. nicht für teure Expertisen oder Abklärungen investiert würden. Die Mittefraktion und auch sie selbst als Postulantin können sich mit der Postulatsabschreibung einverstanden erklären.

Corinne Ruesch (GL) hält fest, dass sie seit Jahren intensiv die Familien- und Jugendpolitik verfolge und deshalb erstaune sie auch die stadträtliche Antwort zum Postulat Nr. 2012/30 nicht gross. In den 90er-Jahren ist das letzte Jugendkonzept gemacht worden und seither ist im Jugendbereich in Liestal nicht mehr viel gegangen. Ihre Fraktion bedauert es, dass man das Label beispielsweise nicht als Fernziel genommen habe, weshalb man dem Antrag betreffend der Postulatsabschreibung auch nicht zustimmen wird.

Markus Meyer (SVP) dankt dem Stadtrat namens seiner Fraktion dafür, dass auch er nicht noch ein weiteres zusätzliches Label will, denn das dafür notwendige Geld kann besser eingesetzt werden. Auch kann ein Jugendkonzept ohne Label geschaffen werden. Die einzigen, die von Labels profitieren können, sind die Herausgeber von Labels selbst. Und so darf man gespannt sein, was mit dem Energiestadt-Label passieren wird, wenn alle Gemeinden gemäss gesetzlichem Auftrag dieselben Ziele des Energiestadt-Labels erfüllen müssen.

Thomas Eugster (FDP) meint, auch seine Fraktion ist der Ansicht, dass Liestal dieses Label nicht braucht, da man genügend Kompetenzen habe, sich vermehrt der Jugendpolitik zu widmen. Seine Fraktion wird der Abschreibung des Postulates zustimmen.

Patrick Mägli (SP) dankt dem Stadtrat für die Postulatsbeantwortung und informiert darüber, dass seine Fraktion den stadträtlichen Anträgen grossmehrheitlich zustimmen wird. Einzelne Label können durchaus Gutes bewirken, so ist dies beim Energiestadt-Label der Fall. Häufig bringen Labels nichts, ausser einem Mehraufwand, was auch beim Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ der Fall sein dürfte. Zudem läuft im Moment einiges Konkretes im Bereich Familien-, Kinder- und Jugendpolitik, werden doch beispielsweise nächstes Jahr familienergänzende Tagesstrukturen für Kinder im Schulbereich eingeführt. Natürlich hofft auch seine Fraktion, dass das immer wieder in Aussicht gestellte Jugendleitbild hier im Rat bald auch einmal konkret diskutiert werden kann.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass sich der Stadtrat zum Geschäft nicht mehr äussern möchte und auch aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Rat Kenntnis vom stadträtlichen Bericht.

://: Der Einwohnerrat schreibt das Postulat Nr. 2012/30 mit grossem Mehr gegen 5 Nein-Stimmen als erledigt ab.

133 0.01.011.01 Einwohnerrat

13. Langsamverkehrsplanung beim Quartierplan Mühlematt – Bericht Stadtrat zum Postulat der Bau- und Planungskommission (Nr. 2013/33)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Diego Stoll (SP) hält stellvertretend für die Unterzeichnenden des BPK-Vorstosses fest, dass die stadträtliche Stossrichtung richtig und im Sinn der BPK ist. Kurz nach der Einreichung des Vorstosses hatte er von Verantwortlichen des Kantons Informationen erhalten, die man auch ohne Vorstoss hätte bekommen können.
Die SP-Fraktion spricht sich für eine Abschreibung des Vorstosses aus, in der Annahme, dass die BPK laufend vom Stadtrat über den aktuellen Stand informiert wird. Oder aber man schreibt das Postulat noch nicht ab und erwartet weitere Berichte des Stadtrates.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) dankt für die stadträtlichen Abklärungen sowie die Berichterstattung. Mit der Alternativroute entlang der Ergolz kann grosses Gefahrenpotential für die Velofahrer vermieden werden. Die Umsetzung ist von der Umsetzung des Bauprojektes H2 abhängig. Die Mittefraktion nimmt vom stadträtlichen Bericht Kenntnis, möchte das Postulat aber noch nicht abschreiben.

Hanspeter Zumsteg (GL) teilt mit, dass die Abklärungen mit dem Kanton ergeben haben, dass eine Umverlegung des Weges wegen den Gewässer- und Uferschutzbestimmungen nicht möglich ist. Die stadträtliche Zielsetzung, dass im Zusammenhang mit dem QP-Verfahren zusammen mit der EBL mögliche Landabtretungen zu Gunsten einer Alternativroute getätigt würden, wird von seiner Fraktion begrüsst. Man erwartet, dass sich die EBL im Quartierplanvertrag bereit erklärt, als Gegenleistung für die erhaltene Nutzungserweiterung den benötigten kleinen Landstreifen für den Bau eines neuen Ergolzufer-Radweges abzutreten. Die Grüne Fraktion vertraut dem Verhandlungsgeschick des Stadtrates und ist deshalb auch bereit, das Postulat abzuschreiben.

Pascal Porchet (FDP) meint, dass die Velofahrer und Fussgänger tatsächlich die grossen Verlierer wären, könnte der geplanten Uferweg nicht realisiert werden. Das Vorgehen des Stadtrates wird begrüsst. Unabdingbar müssen der Velo- und Fussgängerweg in den QP-Vertrag aufgenommen werden. Zur Zielerreichung wird auch die FDP-Fraktion den beiden Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Beat Gränicher (SVP) erklärt, dass die SVP-Fraktion den stadträtlichen Anträgen zustimmen wird.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) informiert darüber, dass der Stadtrat sich zum Geschäft nicht äussern möchte.

Markus Meyer (SVP) hält fest, dass in der Vorlage Nr. 2013/33a beim ersten Antrag mit der Lauf-Nr. 2013/51 eine falsche Nummer erwähnt wird. Richtigerweise müsste das Postulat mit der Nr. 2013/33 abgeschrieben werden.

://: Einstimmig nimmt der Rat Kenntnis von der stadträtlichen Postulatsbeantwortung gemäss Vorlage Nr. 2013/33a.

://: Der Rat schreibt das Postulat Nr. 2013/33 mit grossem Mehr bei 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung als erfüllt ab.

134 0.01.011.01 Einwohnerrat

14. Verkehrs- und Mobilitätsstrategie Liestal – Postulat (vormals Motion) von Diego Stoll der SP-Fraktion betreffend Verkehrs- und Mobilitätsstrategie Liestal (Nr. 2013/71a)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*„Die **Mobilität** nimmt weiter zu: Mit der Zunahme der Wohnbevölkerung und der Siedlungsflächen wird auch der **Verkehr** zunehmen."*
(Auszug aus Stadtanalyse Liestal, März 2010)

Postulat: Verkehrs- und Mobilitätsstrategie Liestal

Anlässlich der BPK-Sitzung vom 27. Mai 2013 erklärten das kantonale Tiefbauamt und das Verkehrsplanungsbüro ewp AG, dass das Verkehrsstrassennetz in Liestal spätestens im Jahre 2030 an seine Grenzen stossen werde. Die politischen Gremien seien daher gefordert, möglichst frühzeitig Massnahmen betreffend Verkehr und Mobilität in die Wege zu leiten.

Der Postulant stellt fest, dass die Stadt Liestal zwar über ein Verkehrskonzept vom Februar 2007 verfügt, dass sich dieses aber darauf beschränkt, mittels Ansichtsplan die vorgesehenen Verkehrsachsen aufzuzeigen. Daneben finden sich im Rahmen von Quartierplanreglementen vereinzelt Angaben zur Thematik der Erschliessung der entsprechenden Perimeter.

Ein Instrument, welches aufzeigt, wie die Stadt Liestal den stetig zunehmenden Herausforderungen des Verkehrs und der Mobilität in Zukunft begegnen will, fehlt hingegen. Während andere Städte und Gemeinden diesbezüglich bereits aktiv geworden sind und Verkehrs- bzw. Mobilitätsstrategien entwickelt haben, wird die Thematik in Liestal nach wie vor primär projektbezogen angepackt. Dabei wäre es in Anbetracht der eingangs beschriebenen Zukunftsaussichten unerlässlich, Liestals Verkehrs- und Mobilitätspolitik zunächst auf übergeordneter, strategischer Ebene gesamthaft festzulegen, um sie im operativen Bereich dann mittels einzelnen Massnahmen strategiegetreu umzusetzen. Nur so ist eine koordinierte, vorausschauende und wirksame Herangehensweise an die Thematik sichergestellt.

Der Postulant bittet den Einwohnerrat daher, den Stadtrat einzuladen, eine Verkehrs- und Mobilitätsstrategie für die Stadt Liestal zu erarbeiten und aufzuzeigen, wie damit Liestals Attraktivität als Lebensraum und Wirtschaftsstandort auf nachhaltige Weise gefördert werden kann. Darzulegen sind insbesondere:

- *die verkehrs- und mobilitätspolitischen Ziele der Stadt Liestal,*
- *die einzelnen hierfür angedachten Massnahmen inkl. Umsetzungsmöglichkeiten,*
- *die Berücksichtigung und Koordination der einzelnen Verkehrsformen (Langsamverkehr, öffentlicher Verkehr, motorisierter Individualverkehr),*
- *die Beurteilung der heutigen Verhältnisse unter Beachtung der gewonnenen Erkenntnisse,*
- *die Schlussfolgerungen in Bezug auf das künftige politische Handeln.*

Diego Stoll
Einwohnerrat der SP-Fraktion *Liestal, im Juni 2013*

* * * * * * *

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) möchte vom Stadtrat wissen, ob dieser das Postulat übernehmen möchte oder nicht.

Stadtrat Peter Rohrbach informiert darüber, dass der Stadtrat das Postulat Nr. 2013/71a übernehmen wird. Zusammen mit diesem Vorstoss und den heute eingereichten neuen Postulaten und Interpellationen sind aktuell 22 Vorstösse pendent, in welchen der Verkehr in Liestal thematisiert wird. Der Stadtrat hat entschieden, dass nach dem Verkehrskonzept im Jahre 2005 nun ein neues Verkehrskonzept 2014 gemacht werden muss, in welchem auch all die Inputs und Vorstösse des Einwohnerrates aufzunehmen sind.

Diego Stoll (SP) dankt als Postulant für die stadträtliche Zusagen und Informationen. Verschiedene Aussagen in seinem Vorstoss und neue Erkenntnisse zeigen auf, dass betreffend der Verkehrsplanung in Liestal Handlungsbedarf besteht. Er möchte nach der Beantwortung seines Vorstosses einfach wissen, wie sich Liestal hinsichtlich dem Verkehr und Mobilität inhaltlich positionieren wird.

Hanspeter Meyer (SVP) bemerkt, auch seine Fraktion sei mit den vielen Vorstössen im Zusammenhang mit dem örtlichen Verkehr ebenfalls in der Zwickmühle. Das ganze Verkehrs- und Mobilitätsproblem ist aber kein Liestal-spezifisches Problem und so sollte man regional oder gar überregional zusammen mit dem Kanton sowie umliegenden Gemeinden nach Lösungen suchen. Seine Fraktion wird deshalb das vorliegende Postulat Nr. 2013/71a nicht unterstützen und anschliessenden Abstimmung enthalten. Dabei geht es nicht darum, dass man die im Postulat geschilderten Probleme nicht lösen soll, sondern vielmehr darum, dass in der Folge nicht grössere Kosten wegen neuen Studienaufträgen entstehen.

Thomas Eugster (FDP) teilt mit, dass es seiner Fraktion ebenfalls wichtig ist, dass man über ein aktualisiertes Verkehrskonzept verfügt und nicht mit einzelnen Vorstössen häppchenweise diesbezügliche Fragen beantwortet und/oder Probleme gelöst werden. Er bedauert es, dass der Vorstoss nach den diesbezüglichen Diskussionen in der BPK von einem einzelnen Ratsmitglied und nicht von der Kommission eingereicht wurde. Die FDP-Fraktion wird der Postulatsüberweisung aber dennoch zustimmen.

Jürg Holinger (GL) meint, dass die Argumente der SVP-Fraktion durchaus mit denjenigen des Postulanten verknüpft werden können. Bei der Ausarbeitung des Verkehrskonzeptes muss ja das Denken nicht an der Gemeindegrenze aufhören. Seine Fraktion wird die Postulatsüberweisung unterstützen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt, auch seine Fraktion wird der Überweisung des Postulates zustimmen.

Diego Stoll (SP) findet das Votum des SVP-Fraktionssprechers richtig und wichtig. Und wie bereits vom Fraktionssprecher der Grünen gesagt wurde, kann dieses bei der Behandlung des Postulates Nr. 2013/71a einfliessen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum neuen Vorstoss angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr gegen 1 Nein-Stimme wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) erklärt, dass Ratsmitglieder, welche neue Motionen und/oder Postulate eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Ratssitzung noch mündlich begründet können.

Postulat „Verkehrsführung Poststrasse/Törliplatz/Kantinenweg“ (Nr. 2013/75)

Jürg Holinger (GL) erklärt, dass er sein Postulat Nr. 2013/75 vor dem Postulat bzw. dem BPK-Vorstoss Nr. 2013/83 eingereicht hatte. Beide Vorstösse sind inhaltlich praktisch identisch, weshalb er dem breiter abgestützten Vorstoss Nr. 2013/83 der BPK den Vorzug gibt und sein Postulat Nr. 2013/75 zurückzieht. Einzig die Poststrasse wird im BPK-Vorstoss nicht speziell erwähnt, doch verlasse er sich diesbezüglich auf das Votum von Stadtrat Peter Rohrbach an der Einwohnerratssitzung vom 30. Januar 2013, wonach die Poststrasse neue keine Durchgangsstrasse mehr sein soll.

* * * * * * * * * * * * * * * * *

Schluss der Sitzung: 20.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Hanspeter Stoll

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann